

Partei Demokratischer Bürger (DBD) attackiert Jäger: „Polizei kaputt gespart, Volksverar... e!“ | UN Politisch

Veröffentlicht von Administrator am Feb 11 2017

+++ Bericht in der Presse über die DBD vom 11.02.2017 +++

Partei Demokratischer Bürger (DBD) attackiert Jäger: „Polizei kaputt gespart, Volksverar... e!“ | UN Politisch

Massive Kritik am „Kaputtsparen“ der Polizei durch die rotgrüne Landesregierung übt die „Partei Demokratischer Bürger“ mit Hauptsitz in Lünen.

„Sicherheit funktioniert nur, wenn die Bevölkerung wachsam ist. Aber was nützt das, wenn die Polizei personell unter Frau Kraft und Herrn Jäger so kaputt gespart wurde, dass das Personal beim Staatsschutz überhaupt nicht ausreicht, terroristischen Verdachtsfällen intensiv und zeitnah nachzukommen?“ Dies fragt der DBD-Vorsitzende Ralf Piekenbrock aus Selm, selbst Kriminalhauptkommissar und früher auch beim Staatsschutz tätig.

Piekenbrock wirft dem Innenminister vor, „fadenscheinige konstruierte ‚Erfolge‘ seiner Sicherheitspolitik“ zu proklamieren – „so dass jeder, der etwas Einblick hat, nur noch mit dem Kopf schütteln kann. **Warten auf Eintreffen der Polizei nach Notruf im Bereich der KPB Unna hat sich von 2015 auf 2016 noch einmal durchschnittlich von 14 auf 15 Minuten verlängert. Da noch „Erfolge“ zu proklamieren, grenzt an Volksverarscherei!**“, wettet der DBD-Vorsitzende.

Das permanente Umschichten von Personal kaschiert nach Piekenbrocks Überzeugung allenfalls die von der Landesregierung erzeugten Missstände. „Des Weiteren reißt eine Personalverschiebung natürlich Löcher in die Bewältigung anderer wichtiger Aufgabenfelder, wie Bekämpfung der Straßenkriminalität und der organisierten Kriminalität. **Die beabsichtigte Mehreinstellung von Polizeibeamten wird zwar immer wieder von Herrn Jäger als sein Erfolg heraus posaunt. Allerdings verschweigt er die Zahlen derjenigen, die in diesen Jahren in den Ruhestand wechseln und dass die neuen Beamten frühestens 2019 einsetzbar sind.**“

Die „Demokratischen Bürger“ hätten immer wieder gewarnt, dass dieser „unverantwortliche Stellenabbau natürlich nicht ohne Konsequenzen für die Sicherheit seiner Bürger sein kann.“ Konsequenzen seien schnellstens erforderlich: „**Man kann z. B. überlegen, ob man die Ordnungsämter der Städte und Gemeinden oder private Sicherheitsdienste in ein vorübergehendes Schutzkonzept mit einbezieht. Dann muss es auch im ländlichen Bereich Ordnungspartnerschaften geben, wo jeweils ein Polizeibeamter und ein Mitarbeiter des Ordnungsamtes gemeinsam, auch nachts, patrouillieren.**“

Hier solle die Energie liegen und nicht wie bisher „in einem krampfhaften Bemühen, kriminelle Fallzahlen zu vertuschen. Den Etablierten in Ihren theoretischen und verlogenen Türmen, ist der Kontakt zur Basis und damit zur Realität schon lange abhanden gekommen.“